

Wer entscheidet über das Weltklima?

C2.1 - GEOENGINEERING UND MORALISCHES RISIKO: DARF MAN DAS KLIMA TECHNISCH STEUERN?

Wortschatz zum Text

Deutsch	Englisch / Erklärung
die Entscheidungsbefugnis	decision-making authority
die globale Governance	global governance
die Klimasouveränität	climate sovereignty
die Weltklimaordnung	world climate order
die Legitimation	legitimation
die demokratische Repräsentation	democratic representation
die Betroffenenbeteiligung	participation of affected groups
die Zustimmung	consent
die Vetomacht	veto power
die Machtasymmetrie	power asymmetry
die Klimagerechtigkeit	climate justice
die historische Verantwortung	historical responsibility
die Verwundbarkeit	vulnerability
die Risikoverteilung	risk distribution
die Nutzenverteilung	benefit distribution
die Haftungsfrage	liability question
die Schadenskompensation	damage compensation
die Kausalitätsfeststellung	determination of causality
die Konfliktlösung	conflict resolution
das Völkerrecht	international law
die internationale Institution	international institution

Deutsch	Englisch / Erklärung
das Mandat	mandate
die Kontrollinstanz	oversight body
die Rechenschaftspflicht	accountability
die Transparenz	transparency
die Notfallkompetenz	emergency authority
die Sicherheitslogik	security logic
die geopolitische Spannung	geopolitical tension
die einseitige Intervention	unilateral intervention
die Koalition der Willigen	coalition of the willing
der private Akteur	private actor
die Forschungsgenehmigung	research authorization
das Moratorium	moratorium
die Konsultationspflicht	duty to consult
die Eskalationsgefahr	risk of escalation
die Vertrauensbildung	trust building
die Verfahrensgerechtigkeit	procedural justice
die Subsidiarität	subsidiarity
die globale Öffentlichkeit	global public sphere
repräsentativ	representative
legitimiert	legitimized
zustimmungspflichtig	requiring consent
haftbar	liable
konfliktträchtig	conflict-prone

Meine zusätzlichen Wörter / Notizen:

Wer entscheidet über das Weltklima?

C2.1 - GEOENGINEERING UND MORALISCHES RISIKO: DARF MAN DAS KLIMA TECHNISCH STEUERN?

Die Frage, wer über das Weltklima entscheiden darf, klingt zunächst absurd. Kein einzelner Staat, keine Regierung und kein Unternehmen besitzt das Klima. Dennoch wird sie durch Geoengineering plötzlich konkret. Wenn eine technische Maßnahme globale Temperatur, Niederschläge oder Strahlungsbilanz beeinflussen könnte, dann betrifft sie Menschen, die nie an ihrer Entscheidung beteiligt waren. Klimainterventionen sprengen damit die üblichen Formen politischer Zuständigkeit. Sie machen sichtbar, dass das Klima zugleich gemeinsame Lebensgrundlage, Konfliktfeld und Machtfrage ist.

Bei klassischer Umweltpolitik lässt sich Verantwortung zumindest teilweise territorial ordnen. Ein Staat reguliert Emissionen auf seinem Gebiet, schützt seine Wälder, genehmigt Industrieanlagen oder kontrolliert Gewässer. Zwar sind auch diese Fragen grenzüberschreitend, doch die Zuständigkeiten bleiben relativ klarer. Bei solarem Strahlungsmanagement wäre das anders. Eine Intervention in der Stratosphäre könnte globale Effekte haben, obwohl sie technisch von wenigen Akteuren ausgelöst werden könnte. Die Kluft zwischen Handlungsmacht und Betroffenheit wäre enorm.

Daraus ergibt sich ein Legitimationsproblem. Wer dürfte beschließen, ob eine solche Maßnahme eingesetzt wird? Eine Weltregierung gibt es nicht. Die Vereinten Nationen besitzen nur begrenzte Durchsetzungsmacht. Große Staaten verfügen über technische und finanzielle Ressourcen, sind aber nicht automatisch moralisch legitimiert, globale Risiken einzugehen. Besonders verwundbare Staaten hätten möglicherweise ein starkes Interesse an schneller Abkühlung, während andere Regionen Nachteile fürchten könnten. Ein Mehrheitsbeschluss könnte Minderheiten gefährden; ein Vetorecht einzelner Staaten könnte dringende Schutzmaßnahmen blockieren.

Die Betroffenheit ist zudem ungleich. Inselstaaten, trockene Regionen, arktische Gemeinschaften, Agrargesellschaften oder dicht besiedelte Küstengebiete erleben Klimarisiken unterschiedlich. Eine Intervention, die die globale Durchschnittstemperatur senkt, könnte für manche als Rettung erscheinen und für andere neue Niederschlagsrisiken erzeugen. Wer entscheidet dann, welche Risiken akzeptabel sind? Ein globaler Nutzen reicht nicht aus, wenn er durch regionale Schäden erkaufte wird. Verteilungsgerechtigkeit wird zur Bedingung jeder Legitimität.

Hinzu kommt historische Verantwortung. Die Staaten, die den größten Teil der bisherigen Treibhausgase ausgestoßen haben, verfügen oft auch über die größte wissenschaftliche, technische und militärische Kapazität. Wenn genau diese Staaten über Geoengineering entscheiden, entsteht der Verdacht, dass sie die Folgen ihrer eigenen Emissionsgeschichte technisch verwalten wollen, statt ihre Verantwortung durch drastische Reduktion, Finanzierung und Anpassungshilfe zu erfüllen. Geoengineering könnte dann als Fortsetzung klimapolitischer Ungleichheit erscheinen: Die Mächtigen bestimmen die Notbremse, die Verwundbaren tragen die Risiken.

Eine demokratische Lösung ist schwer vorstellbar, aber notwendig. Nationale Parlamente können nicht allein über globale Interventionen entscheiden. Expertengremien liefern Wissen, aber keine ausreichende demokratische Legitimation. Internationale Organisationen können Verfahren schaffen, doch ihre Repräsentation ist politisch ungleich. Zivilgesellschaftliche Beteiligung ist wichtig, aber sie ersetzt keine verbindliche Entscheidungsstruktur. Die Herausforderung besteht darin, wissenschaftliche Expertise, staatliche Verantwortung, Betroffenenbeteiligung und rechtliche Kontrolle so zu verbinden, dass Entscheidungen weder technokratisch noch machtpolitisch willkürlich werden.

Schon Forschung wirft diese Fragen auf. Kleine Modellstudien sind weniger problematisch als Freilandversuche, doch die Grenze ist politisch sensibel. Ein Experiment, das technisch minimal erscheint, kann symbolisch den Einstieg in eine spätere Anwendung markieren. Wer darf solche Forschung genehmigen? Reicht nationale Genehmigung, wenn mögliche politische Folgen global sind? Braucht es ein Moratorium für bestimmte Experimente oder internationale Registerpflichten? Forschung ist nicht neutral, wenn sie Erwartungen, Investitionen und Machtpositionen verändert.

Besonders gefährlich wäre eine einseitige Intervention. Ein Staat oder eine Koalition der Willigen könnte argumentieren, die Klimakrise sei so bedrohlich, dass Handeln auch ohne globale Zustimmung notwendig sei. Andere Staaten könnten dies als Angriff auf ihre Klimasicherheit verstehen. Wenn nach Beginn einer Intervention eine Dürre, ein Sturm oder eine Erntekrise auftritt, könnte der Verdacht entstehen, dass Geoengineering verantwortlich ist. Selbst wenn Kausalität wissenschaftlich unklar bleibt, könnte politisches Misstrauen eskalieren. Klimainterventionen hätten daher auch sicherheitspolitische Dimensionen.

Die Haftungsfrage ist nahezu ungelöst. Wenn eine Intervention Schäden verursacht oder verursachen soll, wer wäre haftbar? Der ausführende Staat, das internationale Gremium, die beteiligten Forschungseinrichtungen, private Unternehmen, die Technologie bereitstellen? Wie würde bewiesen, dass ein bestimmter Schaden auf die Intervention zurückgeht? Klimasysteme sind komplex, und Extremereignisse haben multiple Ursachen. Ohne klare Haftungs- und Kompensationsregeln würde Geoengineering das Risiko erzeugen, dass Geschädigte zwar betroffen, aber rechtlich machtlos bleiben.

Eine mögliche Governance-Struktur müsste daher mehrere Ebenen enthalten. Erstens klare Transparenzpflichten für Forschung und technische Entwicklung. Zweitens internationale Konsultationspflichten, bevor Experimente oder Anwendungen stattfinden. Drittens unabhängige wissenschaftliche Bewertung, die nicht von den Interessen einzelner Staaten oder Unternehmen abhängig ist. Viertens Beteiligungsrechte besonders verwundbarer Gruppen und Staaten. Fünftens Haftungs- und Kompensationsmechanismen. Und sechstens eine starke Bindung an Emissionsminderung, damit Geoengineering nicht zur Ersatzpolitik wird.

Doch selbst ein solches Verfahren würde das Grundproblem nicht vollständig lösen: Das Weltklima ist kein normales Verwaltungsobjekt. Man kann nicht alle Betroffenen individuell befragen, nicht alle Risiken sicher berechnen und nicht alle Schäden eindeutig zuordnen. Darum braucht es neben Entscheidungsregeln auch Zurückhaltung. Nicht jede technisch mögliche Intervention verdient eine politische Anwendung. Verfahrensgerechtigkeit kann Risiken nicht beseitigen, aber sie kann verhindern, dass sie im Namen der Menschheit von wenigen definiert werden.

Die Frage „Wer entscheidet über das Weltklima?“ führt daher zu einer unbequemen Antwort: Niemand sollte allein entscheiden dürfen. Gleichzeitig reicht bloßes Nichtentscheiden nicht aus, wenn Klimarisiken wachsen. Die Aufgabe besteht darin, Entscheidungsfähigkeit und Machtbegrenzung zusammenzubringen. Geoengineering macht diese Spannung radikal sichtbar. Es zwingt die Weltgesellschaft, über eine Form von Verantwortung nachzudenken, die es institutionell kaum gibt: Verantwortung für planetare Systeme, deren Veränderung alle betrifft, deren Kontrolle aber nur wenigen möglich wäre.



Fragen zum Text

1. Warum wird die Frage nach Entscheidung über das Weltklima durch Geoengineering konkret?

2. Warum sprengen Klimainterventionen übliche politische Zuständigkeiten?

3. Worin besteht die Kluft zwischen Handlungsmacht und Betroffenheit?

4. Warum gibt es ein Legitimationsproblem?

5. Warum wäre ein Mehrheitsbeschluss nicht automatisch gerecht?

6. Warum wäre ein Vetorecht einzelner Staaten ebenfalls problematisch?

7. Warum reicht ein globaler Durchschnittsnutzen nicht aus?

8. Welche Rolle spielt historische Verantwortung?

9. Warum ist reine Expertokratie keine ausreichende Lösung?

10. Warum ist Forschung selbst politisch sensibel?

11. Warum wäre eine einseitige Intervention gefährlich?

12. Warum ist Kausalitätsfeststellung bei Schäden schwierig?

13. Welche Governance-Elemente nennt der Text?

14. Warum würde auch ein gutes Verfahren das Grundproblem nicht vollständig lösen?

15. Was bedeutet Verfahrensgerechtigkeit in diesem Zusammenhang?

16. Was ist die zentrale Schlussfolgerung des Textes?

Multiple Choice

1. Warum ist Geoengineering eine Machtfrage?

- ☐ A) Wenige Akteure könnten globale Klimafolgen für viele auslösen.
- ☐ B) Es betrifft nur lokale Gärten.
- ☐ C) Es kann nur von allen Menschen gleichzeitig durchgeführt werden.
- ☐ D) Es hat keine politischen Folgen.

2. Warum reicht nationale Zustimmung nicht aus?

- ☐ A) Die Wirkungen könnten über nationale Grenzen hinausgehen.
- ☐ B) Nationale Staaten existieren nicht.
- ☐ C) Klima ist nur Privatrecht.
- ☐ D) Forschung ist immer unpolitisch.

3. Was ist ein Legitimationsproblem?

- ☐ A) Unklarheit darüber, wer globale Risiken rechtmäßig beschließen darf.
- ☐ B) Die Frage, ob Wetter existiert.
- ☐ C) Die technische Messung von Temperatur.
- ☐ D) Eine rein sprachliche Schwierigkeit.

4. Warum ist Verteilungsgerechtigkeit zentral?

- ☐ A) Nutzen und Risiken einer Intervention wären regional ungleich verteilt.
- ☐ B) Alle Regionen wären identisch betroffen.
- ☐ C) Globale Durchschnittswerte ersetzen jedes Gerechtigkeitsproblem.
- ☐ D) Niederschläge spielen keine Rolle.

5. Warum spielt historische Verantwortung eine Rolle?

- ☐ A) Große Emittenten könnten technische Kontrolle nutzen, statt Verantwortung für Emissionsreduktion zu übernehmen.
- ☐ B) Historische Emissionen sind irrelevant.
- ☐ C) Nur kleine Staaten haben Klimawandel verursacht.
- ☐ D) Technik löscht Verantwortung.

6. Warum reicht Expertengovernance allein nicht?

- ☐ A) Wissen ersetzt keine demokratische Legitimation.
- ☐ B) Expertise ist nutzlos.
- ☐ C) Nur Laien dürfen entscheiden.
- ☐ D) Wissenschaft hat keine Daten.

7. Warum ist Forschung politisch sensibel?

- ☐ A) Sie kann Anwendungserwartungen und Machtpositionen schaffen.
- ☐ B) Sie hat nie gesellschaftliche Wirkung.
- ☐ C) Modellierung ist immer Anwendung.
- ☐ D) Alle Experimente sind global risikofrei.

8. Warum wäre eine einseitige Intervention gefährlich?

- ☐ A) Sie könnte als Angriff auf Klimasicherheit verstanden werden.
- ☐ B) Sie hätte keine Wahrnehmung durch andere Staaten.
- ☐ C) Sie wäre automatisch völkerrechtlich legitim.
- ☐ D) Sie beseitigte alle Konflikte.

9. Was erschwert Haftung?

- ☐ A) Schäden wären kausal schwer eindeutig zuzuordnen.
- ☐ B) Schäden wären unmöglich.
- ☐ C) Alle Betroffenen wären freiwillig beteiligt.
- ☐ D) Klimasysteme haben nur eine Ursache.

10. Welche Schlussfolgerung passt?

- ☐ A) Entscheidungsfähigkeit muss mit Machtbegrenzung verbunden werden.
- ☐ B) Ein einzelner mächtiger Staat sollte allein entscheiden.
- ☐ C) Verfahren sind überflüssig.
- ☐ D) Nichtentscheiden löst alle Klimarisiken.

Ordne zu

A	B
Entscheidungsbefugnis	ist bei globaler Klimaintervention ungeklärt.
Globale Governance	soll Macht über planetare Risiken begrenzen.
Klimasouveränität	wird durch grenzüberschreitende Wirkungen relativiert.
Legitimation	verlangt mehr als technische Fähigkeit.
Betroffenenbeteiligung	ist für Verfahrensgerechtigkeit zentral.
Vetomacht	kann Schutzmaßnahmen blockieren.
Mehrheitsentscheidung	kann Minderheitenrisiken übergehen.
Historische Verantwortung	betrifft große vergangene Emittenten.
Verwundbarkeit	ist global ungleich verteilt.
Risikoverteilung	entscheidet über Gerechtigkeit.
Nutzenverteilung	darf regionale Schäden nicht verdecken.
Haftungsfrage	bleibt bei Geoengineering schwer lösbar.
Kausalitätsfeststellung	ist wegen komplexer Klimasysteme schwierig.
Einseitige Intervention	erhöht geopolitische Eskalationsgefahr.
Koalition der Willigen	kann globale Zustimmung umgehen.
Private Akteure	werfen besondere Kontrollfragen auf.
Forschungsgenehmigung	ist schon vor Anwendung politisch sensibel.
Moratorium	kann bestimmte Experimente vorläufig begrenzen.
Konsultationspflicht	schaftt Mindestbeteiligung vor Eingriffen.
Transparenz	ist Voraussetzung für Vertrauen.
Kontrollinstanz	müsste unabhängig und international legitimiert sein.
Schadenskompensation	braucht Regeln vor möglichen Schäden.
Völkerrecht	müsste Zuständigkeit und Grenzen klären.
Sicherheitslogik	entsteht, wenn Staaten Klimaeingriffe als Bedrohung sehen.

A	B
Verfahrensgerechtigkeit	verhindert Entscheidungen weniger über viele.
Globale Öffentlichkeit	braucht Zugang zu Informationen und Debatten.
Emissionsminderung	muss an Governance von Geoengineering gekoppelt bleiben.
Planetare Verantwortung	übersteigt bestehende Institutionen.

Bringe in die richtige Reihenfolge

Nr.	Satz / Ereignis	Reihenfolge
1.	Danach wird gezeigt, warum klassische territoriale Umweltpolitik hier nicht ausreicht.	
2.	Der Text beginnt mit der scheinbar absurden Frage nach Entscheidung über das Weltklima.	
3.	Später wird historische Verantwortung als Machtproblem eingeführt.	
4.	Anschließend wird die Kluft zwischen Handlungsmacht und globaler Betroffenheit erklärt.	
5.	Zum Schluss wird Verantwortung für planetare Systeme als institutionell ungelöste Aufgabe formuliert.	
6.	Danach wird das Legitimationsproblem ohne Weltregierung beschrieben.	
7.	Es wird erläutert, warum Mehrheits- und Vetomodelle beide problematisch sind.	
8.	Der Text behandelt ungleiche Betroffenheit und Verteilungsgerechtigkeit.	
9.	Später wird demokratische Governance als schwer, aber notwendig dargestellt.	
10.	Danach wird Forschung selbst als politisch sensibler Schritt eingeordnet.	
11.	Ein weiterer Schritt ist die Gefahr einseitiger Intervention.	
12.	Danach wird die Haftungsfrage mit Kausalitätsproblemen verbunden.	
13.	Der Text skizziert mögliche Governance-Elemente.	
14.	Am Ende wird betont, dass auch gute Verfahren das Grundproblem nicht vollständig lösen.	
15.	Die Rolle besonders verwundbarer Gruppen wird als Bedingung legitimer Beteiligung sichtbar.	
16.	Es folgt die Unterscheidung zwischen wissenschaftlicher Expertise und demokratischer Legitimation.	
17.	Die Sicherheitsdimension von Geoengineering wird als Konfliktfaktor beschrieben.	

Nr.	Satz / Ereignis	Reihenfolge
18.	Der Text verbindet Entscheidungsfähigkeit mit Machtbegrenzung.	



Finde den Fehler im Inhalt

1. Das Weltklima gehört laut Text einem einzelnen Staat.

2. Geoengineering hätte nur lokale Wirkung am Ort der technischen Durchführung.

3. Handlungsmacht und Betroffenheit fallen bei Geoengineering immer vollständig zusammen.

4. Eine Weltregierung mit klarer Durchsetzungsmacht existiert bereits.

5. Ein Mehrheitsbeschluss wäre automatisch gerecht.

6. Ein Vetorecht einzelner Staaten wäre automatisch unproblematisch.

7. Globale Durchschnittsvorteile reichen immer aus, um regionale Schäden zu legitimieren.

8. Historische Emissionen spielen bei der Legitimität von Geoengineering keine Rolle.

9. Expertengremien liefern automatisch demokratische Legitimation.

10. Forschung ist politisch neutral, weil sie nie Erwartungen erzeugt.

11. Einseitige Interventionen würden geopolitisches Misstrauen ausschließen.

12. Die Haftungsfrage ist einfach, weil Klimaschäden immer eindeutig zuordenbar sind.

13. Governance braucht nur technische Expertinnen, aber keine Transparenz oder Beteiligung.

14. Verfahrensgerechtigkeit kann alle Risiken vollständig beseitigen.

15. Die beste Lösung wäre, dass ein einzelner mächtiger Staat allein über das Weltklima entscheidet.



Schreibaufgabe

320-380 Wörter

Erörtere, warum die Entscheidung über Geoengineering nicht allein technisch, sondern vor allem politisch, völkerrechtlich und gerechtigkeitsethisch ist. Gehe auf globale Betroffenheit, Legitimation, historische Verantwortung, Betroffenenbeteiligung, einseitige Intervention, Haftung und Verfahrensgerechtigkeit ein.



Lösungen

Fragen zum Text

1. Weil technische Klimainterventionen globale Temperatur, Niederschläge oder Strahlungsbilanz beeinflussen könnten.
2. Sie könnten global wirken, obwohl sie von wenigen Staaten oder Akteuren ausgelöst werden könnten.
3. Wenige Akteure könnten handeln, während sehr viele Menschen weltweit die Folgen tragen würden.
4. Es gibt keine Weltregierung, und bestehende internationale Institutionen haben begrenzte Durchsetzungsmacht.
5. Eine Mehrheit könnte regionale Minderheiten oder besonders verletzte Gruppen erheblichen Risiken aussetzen.
6. Es könnte dringende Schutzmaßnahmen blockieren, selbst wenn viele stark gefährdete Staaten handeln möchten.
7. Regionale Schäden oder ungleich verteilte Risiken können nicht durch einen abstrakten globalen Nutzen einfach legitimiert werden.
8. Große historische Emittenten verfügen oft über Macht und Technik, könnten aber ihre Verantwortung durch Geoengineering zu verschieben versuchen.
9. Expertinnen liefern Wissen, aber keine demokratische Legitimation für globale Risikoentscheidungen.
10. Sie kann Erwartungen, Investitionen und Machtpositionen verändern und als Einstieg in spätere Anwendung wirken.
11. Andere Staaten könnten sie als Angriff auf ihre Klimasicherheit verstehen, was Misstrauen und Eskalation auslösen könnte.
12. Extremereignisse haben multiple Ursachen, und es wäre schwer, Schäden eindeutig einer Intervention zuzuordnen.
13. Transparenz, Konsultation, unabhängige Bewertung, Beteiligung Verwundbarer, Haftung, Kompensation und Bindung an Emissionsminderung.
14. Das Weltklima ist kein normales Verwaltungsobjekt, und Risiken, Betroffenheit und Schäden lassen sich nie vollständig erfassen.
15. Risiken dürfen nicht von wenigen im Namen aller definiert werden; Betroffene brauchen Beteiligung und Kontrolle.
16. Niemand sollte allein über das Weltklima entscheiden dürfen, aber wachsende Klimarisiken verlangen zugleich handlungsfähige und machtbegrenzende Verfahren.

Multiple Choice

1. A) Wenige Akteure könnten globale Klimafolgen für viele auslösen.
2. A) Die Wirkungen könnten über nationale Grenzen hinausgehen.
3. A) Unklarheit darüber, wer globale Risiken rechtmäßig beschließen darf.
4. A) Nutzen und Risiken einer Intervention wären regional ungleich verteilt.
5. A) Große Emittenten könnten technische Kontrolle nutzen, statt Verantwortung für Emissionsreduktion zu übernehmen.
6. A) Wissen ersetzt keine demokratische Legitimation.

Lösungen

Multiple Choice (Fortsetzung)

- 7. A) Sie kann Anwendungserwartungen und Machtpositionen schaffen.
- 8. A) Sie könnte als Angriff auf Klimasicherheit verstanden werden.
- 9. A) Schäden wären kausal schwer eindeutig zuzuordnen.
- 10. A) Entscheidungsfähigkeit muss mit Machtbegrenzung verbunden werden.

Zuordnung

- 1. 1. Entscheidungsbefugnis — ist bei globaler Klimaintervention ungeklärt.
- 2. 2. Globale Governance — soll Macht über planetare Risiken begrenzen.
- 3. 3. Klimasouveränität — wird durch grenzüberschreitende Wirkungen relativiert.
- 4. 4. Legitimation — verlangt mehr als technische Fähigkeit.
- 5. 5. Betroffenenbeteiligung — ist für Verfahrensgerechtigkeit zentral.
- 6. 6. Vetomacht — kann Schutzmaßnahmen blockieren.
- 7. 7. Mehrheitsentscheidung — kann Minderheitenrisiken übergehen.
- 8. 8. Historische Verantwortung — betrifft große vergangene Emittenten.
- 9. 9. Verwundbarkeit — ist global ungleich verteilt.
- 10. 10. Risikoverteilung — entscheidet über Gerechtigkeit.
- 11. 11. Nutzenverteilung — darf regionale Schäden nicht verdecken.
- 12. 12. Haftungsfrage — bleibt bei Geoengineering schwer lösbar.
- 13. 13. Kausalitätsfeststellung — ist wegen komplexer Klimasysteme schwierig.
- 14. 14. Einseitige Intervention — erhöht geopolitische Eskalationsgefahr.
- 15. 15. Koalition der Willigen — kann globale Zustimmung umgehen.
- 16. 16. Private Akteure — werfen besondere Kontrollfragen auf.
- 17. 17. Forschungsgenehmigung — ist schon vor Anwendung politisch sensibel.
- 18. 18. Moratorium — kann bestimmte Experimente vorläufig begrenzen.
- 19. 19. Konsultationspflicht — schafft Mindestbeteiligung vor Eingriffen.
- 20. 20. Transparenz — ist Voraussetzung für Vertrauen.
- 21. 21. Kontrollinstanz — müsste unabhängig und international legitimiert sein.
- 22. 22. Schadenskompensation — braucht Regeln vor möglichen Schäden.
- 23. 23. Völkerrecht — müsste Zuständigkeit und Grenzen klären.
- 24. 24. Sicherheitslogik — entsteht, wenn Staaten Klimaeingriffe als Bedrohung sehen.

Lösungen

Zuordnung (Fortsetzung)

- 25. 25. Verfahrensgerechtigkeit — verhindert Entscheidungen weniger über viele.
- 26. 26. Globale Öffentlichkeit — braucht Zugang zu Informationen und Debatten.
- 27. 27. Emissionsminderung — muss an Governance von Geoengineering gekoppelt bleiben.
- 28. 28. Planetare Verantwortung — übersteigt bestehende Institutionen.

Reihenfolge

- 1. 1. Der Text beginnt mit der scheinbar absurden Frage nach Entscheidung über das Weltklima.
- 2. 2. Anschließend wird die Kluft zwischen Handlungsmacht und globaler Betroffenheit erklärt.
- 3. 3. Danach wird gezeigt, warum klassische territoriale Umweltpolitik hier nicht ausreicht.
- 4. 4. Danach wird das Legitimationsproblem ohne Weltregierung beschrieben.
- 5. 5. Es wird erläutert, warum Mehrheits- und Vetomodelle beide problematisch sind.
- 6. 6. Der Text behandelt ungleiche Betroffenheit und Verteilungsgerechtigkeit.
- 7. 7. Die Rolle besonders verwundbarer Gruppen wird als Bedingung legitimer Beteiligung sichtbar.
- 8. 8. Später wird historische Verantwortung als Machtproblem eingeführt.
- 9. 9. Später wird demokratische Governance als schwer, aber notwendig dargestellt.
- 10. 10. Es folgt die Unterscheidung zwischen wissenschaftlicher Expertise und demokratischer Legitimation.
- 11. 11. Danach wird Forschung selbst als politisch sensibler Schritt eingeordnet.
- 12. 12. Ein weiterer Schritt ist die Gefahr einseitiger Intervention.
- 13. 13. Die Sicherheitsdimension von Geoengineering wird als Konfliktfaktor beschrieben.
- 14. 14. Danach wird die Haftungsfrage mit Kausalitätsproblemen verbunden.
- 15. 15. Der Text skizziert mögliche Governance-Elemente.
- 16. 16. Am Ende wird betont, dass auch gute Verfahren das Grundproblem nicht vollständig lösen.
- 17. 17. Der Text verbindet Entscheidungsfähigkeit mit Machtbegrenzung.
- 18. 18. Zum Schluss wird Verantwortung für planetare Systeme als institutionell ungelöste Aufgabe formuliert.

Fehler finden

- 1. Kein einzelner Staat, keine Regierung und kein Unternehmen besitzt das Klima.

Lösungen

Fehler finden (Fortsetzung)

2. Bestimmte Klimainterventionen könnten globale Temperatur, Niederschläge oder Strahlungsbilanz beeinflussen.
3. Wenige Akteure könnten handeln, während viele Menschen weltweit betroffen wären.
4. Der Text betont gerade das Fehlen einer solchen Instanz.
5. Eine Mehrheit könnte Minderheiten oder besonders verletzbare Gruppen Risiken aussetzen.
6. Es könnte dringende Schutzmaßnahmen blockieren.
7. Verteilungsgerechtigkeit verlangt, regionale Risiken ernst zu nehmen.
8. Historische Verantwortung ist zentral, weil mächtige Emittenten technische Kontrolle nutzen könnten.
9. Expertise liefert Wissen, aber keine ausreichende demokratische Entscheidungsbefugnis.
10. Forschung kann Erwartungen, Investitionen und Machtpositionen verändern.
11. Sie könnten als Angriff auf Klimasicherheit verstanden werden.
12. Kausalität wäre wegen komplexer Klimasysteme schwer nachzuweisen.
13. Der Text fordert Transparenz, Konsultation, Beteiligung, Haftungsregeln und unabhängige Bewertung.
14. Sie beseitigt Risiken nicht, verhindert aber Entscheidungen weniger über viele ohne Kontrolle.
15. Niemand sollte allein entscheiden dürfen; Entscheidungsfähigkeit muss mit Machtbegrenzung verbunden werden.